

Verein zur Förderung einer

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mitteilungen

2

Leipzig 1991

Verein zur Förderung
einer
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Rosa-Luxemburg-Straße 19-21
O-7010 Leipzig

Redaktion und Herstellung:
Giesela und Manfred Neuhaus, Hans Rossmannit und Bärbel Wetzel

Das Faksimile aus Rosa Luxemburgs "Zur russischen Revolution" (Blatt 100) ist der von Annelies Laschitzka besorgten Edition "Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts 'Zur russischen Revolution' und andere Quellen zur Polemik mit Lenin", Dietz Verlag Berlin 1990, S. 152 entnommen.

STATT EINES VORWORTS

Das erste Mitteilungsheft des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. hat großen Zuspruch gefunden. Das ermutigt den Vorstand, die Reihe fortzusetzen, um über Podiumsdiskussionen sowie das Vereinsleben zu informieren.

Das Mitteilungsheft 2 enthält Forschungsergebnisse einer Projektgruppe des "Gesellschaftswissenschaftlichen Forums e.V." Berlin zu Identitätsproblemen ehemaliger DDR-Bürger in Deutschland. Heft 3 wird dem Thema "Antifaschismus in der DDR" gewidmet sein, Heft 4 dem Problem des Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern. Im Heft 5 möchten wir Beiträge zur Verfassungsdiskussion veröffentlichen.

Die Mitteilungshefte werden in unentgeltlicher Tätigkeit hergestellt, es entstehen aber Materialkosten. Da es gemeinnützigen Vereinen nicht gestattet ist, eine gewerbliche Geschäftsführung zu entfalten, stellen wir Mitgliedern und Sympathisanten des Vereins unsere Hefte kostenlos zur Verfügung.

Für eine zweckgebundene Spende zur Fortsetzung der Publikationsreihe auf unser Vereinskonto wären wir allerdings sehr dankbar.

INHALTSVERZEICHNIS

Statt eines Vorworts

S. 3

HELMUT MEIER

**Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor.
Reflexionen über Ergebnisse zur Entwicklung
des Geschichtsbewußtseins in der DDR**

S. 5

JÜRGEN HOFMANN

**Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger.
Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhe-
bungen in ostdeutschen Ländern**

S. 18

**Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der
Projektgruppe Identitätswandel, Berlin**

S. 28

Nächste Veranstaltungen

S. 33

Informationen des Vorstandes

S. 34

GESCHICHTSBEWUSSTSEIN ALS IDENTITÄTSFAKTOR
REFLEKTIONEN ÜBER ERGEBNISSE ZUR ENTWICKLUNG
DES GESCHICHTSBEWUSSTSEINS IN DER DDR

von Helmut Meier

Da die Beziehung der Menschen zu ihrem sozialen Milieu in bestimmtem Maße über das historische Selbstverständnis vermittelt wird, kann man aus Ergebnissen von Forschungen über das Geschichtsbewußtsein Rückschlüsse über die soziale und nationale Identität entnehmen. Dabei ist es zunächst ohne Belang, ob die Auseinandersetzung mit der Geschichte individuell vorgenommen oder gesellschaftlich betrieben wurde. Von Bedeutung ist nur, inwieweit es eine Balance zwischen dem Geschichtsverständnis und den alltäglichen Erfahrungen in der Gesellschaft gibt. Vermittelt die gesellschaftliche Realität die Überzeugung, weitgehend im Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklungslogik zu stehen, dann werden historische Tatsachen und Interpretationen relativ bereitwillig verinnerlicht. Widerspricht dagegen der erlebte Gang der Dinge dem geschichtlich begründeten Anspruch, so wird die Akzeptanz historischer Propaganda sinken oder ganz schwinden. Alle diese Erscheinungen lassen sich in der Geschichte der DDR empirisch nachweisen.

Bei der Analyse der in den vergangenen gut zwanzig Jahren entstandenen empirischen Untersuchungsergebnisse muß man allerdings in Rechnung stellen, daß die Forschungen unternommen wurden, um Auskünfte darüber zu erlangen, wie das offiziell verbreitete Geschichtsbild aufgenommen wurde, inwieweit mit Geschichtspropaganda eine ideologisch stabilisierende Wirkung in der Gesellschaft bewirkt wurde, welche Fragen auf eine geringere Akzeptanz stießen und welche fördernden und hemmenden Einflüsse auf die allgemeine Identifikation mit der sozialistischen Gesellschaft wirkten. Deshalb standen also immer wieder Fragen der Bewertung der Gründung der DDR und ihrer Entwicklung, die Haltung zur führenden Partei, zur UdSSR und zur BRD im Zentrum von Befragungen, Gruppengesprächen und Interviews. Wenngleich die Forschungen davon ausgingen, daß mit der Stabilisierung der sozialistischen Ordnung und mit einer ständig wirksameren Geschichtspropaganda eine wachsende Konformität der Meinungen erzielt werden könnte und abweichende Auffassungen als Überreste noch nicht überwundener alter Standpunkte oder Kennzeichen des Einflusses feindlicher Propaganda bzw. Resultate von Mängeln in der eigenen ideologischen Arbeit hingestellt wurden, geben die vorliegenden Untersuchungsergebnisse interessante Einblicke in das Denken breiter Bevölkerungsschichten über Fragen, die auch heute von Interesse sind. Obwohl seinerzeit nicht alle möglichen Alternativen

vorgegeben wurden, waren doch Auswahlmöglichkeiten vorhanden, und von ihnen wurde Gebrauch gemacht. Die Entscheidung für unterschiedliche Merkmale, Argumente und Wertungen gestattet Aussagen über die Differenziertheit der Meinungen. Der objektive Tatsachengehalt der Resultate ist unbestreitbar. Natürlich ergeben sich aus heutiger Sicht notwendige Korrekturen, zumindest aber Modifikationen hinsichtlich der damals getroffenen Einschätzungen. Auch der Autor sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, eigene frühere Darstellungen kritisch zu überprüfen und von manchem abzurücken, was seinerzeit gesagt wurde.

Das ändert aber alles nichts daran, daß die Ergebnisse von damals für heute interessant sind. Sie machen nämlich sichtbar, mit welchem geistigen Gepäck, mit welchen Guthaben und mit welchen Hypothesen befrachtet der durchschnittliche Bürger der ehemaligen DDR nun den Herausforderungen des gesellschaftlichen Umbruchs gegenübersteht. Damit kann *ein* Zugang für gegenwärtige Probleme erschlossen und geistigen Fehlentwicklungen entgegengewirkt werden. Niemand wird bestreiten, daß die Gefahr gegenwärtig sehr groß ist, daß die versimpelte und pauschalisierte Abwertung der Geschichte der DDR unter dem Druck existentieller Bedrohungen wider besseres Wissen übernommen und die eigene andersartige Erfahrung verdrängt wird, daß die notwendige sorgfältige Auseinandersetzung mit der Geschichte unterbleibt, weil man nicht offenbar werden lassen will, daß man früher anders dachte und handelte. All das steht einer sachgerechten und zugleich kritischen Einbindung der DDR-Geschichte, die ja mit der Lebensgeschichte von mehr als 16 Millionen Deutschen identisch ist, in die gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte entgegen, die unabdingbare Voraussetzung dafür ist, daß alle ostdeutschen Bürger sich im vereinigten Deutschland schließlich heimisch fühlen können.

Das ist der Blickwinkel, aus dem die vorgestellten Ergebnisse über zwanzig Jahre Forschung über das Geschichtsbewußtsein in der DDR betrachtet werden sollen.

Zunächst einmal muß man ohne Umschweife sagen, daß in der DDR-Gesellschaft Geschichte einen hohen öffentlichen Rang hatte. Sie hat in ganz besonderem Maße ihre Rolle als Legitimation bestehender Verhältnisse gespielt. Die Vorherrschaft der SED hat nur geringe Möglichkeiten für eine alternative Betrachtungsweise der Geschichte erlaubt. Es dominierte die marxistisch-leninistische Geschichtssicht. Andere Sichtweisen kamen nur in der abwertenden Gegenüberstellung zur Geltung. Dessen ungeachtet hat die ständige ausgedehnte Geschichtspropaganda in der ehemaligen DDR in der Haltung der Bürger eindeutige Spuren hinterlassen. Alle Untersuchungen von 1969 an lassen erkennen, daß in der DDR Geschichte ein allgemein beliebter Interessengegenstand war. Die Anzahl derer,

die Geschichte als ein oder gar ihr bevorzugtes Interessengebiet angeben, lag niemals unter 90 %. Die folgende Zusammenstellung der Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen zeigt das eindeutig.

Ergebnisse auf die Frage: Interessieren Sie sich für Geschichte?

	1969 ¹	1972 ²	1977 ³	1978 ⁴	1983 ⁵
Ja, sehr stark bzw. stark	33,5%	51,5%	51,5%	47,0%	39,4%
Teilweise, schwach	63,7%	45,6%	46,8%	49,0%	57,4%
Interesse überhaupt	97,2%	97,1%	98,3%	96,0%	96,8%

Im Laufe der Jahre fächerte sich das Interesse an Geschichte immer mehr auf, aber die Geschichte des 20. Jahrhunderts und insbesondere die Nachkriegsgeschichte nach 1945 (Geschichte beider Weltkriege, DDR-Geschichte und neueste Geschichte der Arbeiterbe-

1. Vgl. Katalog der Ergebnisse der soziologischen Untersuchung zum Stand des sozialistischen Geschichtsbewußtseins. Ausgearbeitet von der Forschungsgruppe "Sozialistisches Geschichtsbewußtsein" am Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Redaktionsschluß: Oktober 1969, Bl. 1.

2. Vgl. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Forschungsgruppe "Sozialistisches Geschichtsbewußtsein": Gb-B-72. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung unter Genossenschaftsbauern. Berlin, Oktober 1972, Bl. 4f.

3. Vgl. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Forschungsbereich Geschichtsbewußtsein: Gb-77. Liste der Ergebnisse. Berlin 1977, Bl. 1.

4. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Forschungsbereich Geschichtsbewußtsein: GBA-1978. Ergebnisse einer Untersuchung unter Jugendlichen in Leipzig 1978, S. 1.

5. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Forschungsbereich Nation und Geschichte: G-83. Listen der Ergebnisse. Berlin 1984, Bl. 1.

wegung) blieben trotzdem die Gebiete, die die meisten Befragten als bevorzugten Gegenstand ihres Interesses bezeichneten.

Es gibt keinen Anlaß anzunehmen, daß diese Haltung gegenwärtig nicht mehr vorhanden ist. Neuere Untersuchungen auch von westdeutschen Forschern lassen übereinstimmend erkennen, daß durch die gesellschaftlichen Umbrüche das Bedürfnis bei den Ostdeutschen befördert wurde, sich gerade mit der jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen. Eine von der Forschungsgruppe Deutschland an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz durchgeführte Befragung sowohl im Altbundesgebiet als auch in den neuen Bundesländern führte zu der Erkenntnis, daß die Bürger auf dem Territorium der ehemaligen DDR vorzugsweise ihr Interesse der Geschichte seit 1945 entgegenbringen, während das Interesse der Westdeutschen vornehmlich den Jahren von 1933 bis 1945 gilt.¹

Wenn es also darum geht, Hilfe in geistigen Konflikten und Wandlungsprozessen in den ostdeutschen Ländern zu leisten, so muß alles getan werden, daß DDR-Geschichte nicht verdrängt und platt verteufelt wird, sondern daß sie kritisch-konstruktiv als Bestandteil der eigenen wie der Nationalgeschichte aufgearbeitet und angenommen wird. Diese Forderung wird nachhaltig durch die seit 1990 vorgenommenen Untersuchungen bekräftigt. Sie gemahnen daran, sich der Tatsache bewußt zu sein, daß 41 Jahre Zweistaatlichkeit nicht nur eine historische Tatsache sind, sondern auch eine geistige Hinterlassenschaft, deren Abbau sich nicht mit der Währungsunion und dem Verschwinden der DDR von selbst ergibt.

Eine Durchsicht der Resultate der Untersuchungen von 1969 bis 1983 unter dem Eindruck der 89er und 90er Entwicklungen fordert zu weit differenzierteren Wertungen heraus, als sie früher vorgenommen wurden. Die im Grundtenor positive Bewertung der ideologischen Situation und vor allem der weiteren Entwicklung kann ohnehin nicht mehr Leitlinie der Interpretation sein. Dennoch bleibt die Forderung bestehen, daß die Interpretation dieser Ergebnisse immer unter Berücksichtigung des zum Zeitpunkt der Erhebung gegebenen Erfahrungshorizonts erfolgen muß. Man darf sie schon gar nicht im Nachhinein in ihr Gegenteil verkehren oder schlankweg als unzutreffend abtun. Schließlich konnten die Befragten 1969, 1972, 1977 und 1983 nicht die Ereignisse von 1989/90 voraussehen. Insofern muß davor gewarnt werden, Haltungen zurückzuprojizieren, die sich erst im Verlauf der 80er Jahre herausgebildet haben. Der begrenzte Raum erlaubt nicht, allen Faktoren nachzugehen, die auf die Entscheidungen in den verschiedenen Untersuchungen von 1969 bis 1983 eingewirkt haben könnten. Auf jeden Fall kann nicht davon abgesehen

1. Diese Information erhielt der Autor bei einem Aufenthalt an der Universität Mainz im Mai 1991.

werden, daß sich die Befragten auch zeitweilig davon leiten ließen, daß der Sozialismus und die DDR sich letztlich erfolgreich entwickeln würden. Vor allem nahmen sie mit Sicherheit über lange Zeit die staatliche Eigenständigkeit der DDR als eine feste Größe an.

Deshalb kann sich der Autor jedenfalls nicht dazu verstehen, in den damaligen Äußerungen lediglich Opportunismus oder gar nur Heuchelei zu sehen. Hier muß vielmehr in Ansatz gebracht werden, was Günter Gaus als Arrangieren, Einrichten unter gegebenen Verhältnissen bezeichnet hat. Im übrigen findet dieser Standpunkt auch durch die im Juli 1990 von 77,4 % der Befragten geäußerte Meinung seine Bestätigung, wonach sie in den letzten 40 Jahren versucht haben, für sich das Beste zu machen.

Kommen wir zu den konkreten Aussagen: 1969 charakterisierten 64,5 % der Befragten die DDR-Gründung als gesetzmäßiges Ergebnis der Geschichte. Das korrespondiert mit der Entscheidung von 52,3 % der Befragten, die auch die Entwicklung zum Sozialismus generell als gesetzmäßig bezeichneten. Auf eine direkte Frage erklärten nur 3,6 %, daß sie dem Sozialismus für die Zukunft keine Chance einräumten.¹

1977 haben 83,8 % uneingeschränkt und 10,5 % mit Einschränkungen eine Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses nur zugunsten des Sozialismus für möglich gehalten, d.h. eine andere Entwicklung hielten sie für unwahrscheinlich.

In diesem Zusammenhang wurde auch die staatliche Eigenständigkeit der DDR als gesichert angesehen, so von 68,4 % der Befragten. Daraus erklärt sich auch die Meinung von 57,7 %, die kategorisch verneinten, daß beide deutsche Staaten noch eine einheitliche Nation bildeten.² 1969 war eine solche Stellungnahme nur von 31,9 % der Befragten abgegeben worden. Vom Fortbestand einer einheitlichen deutschen Nation waren etwa genauso viele ausgegangen (31,3 %). Dabei muß man an dieser Stelle einfügen, daß zu jener Zeit der offizielle Standpunkt der SED und der Regierung der DDR darin bestand, nach wie vor von einer einheitlichen deutschen Nation auszugehen. Das heißt nichts anderes, als daß die Meinung von zwei Drittel der Befragten mit der offiziellen Haltung nicht übereinstimmte.³ Das muß nicht aus Opposition geschehen sein. Auf jeden Fall ist es aber ein Signal dafür, daß ein erklecklicher Teil der Befragten der gesamtdeutschen Ausrichtung der DDR-Politik damals keine reale Chance einräumte. 1983 lehnten dann 67,9 % der

1. Vgl. Katalog der Ergebnisse der soziologischen Untersuchung... A.a.O., Bl. 4 und Bl. 7.

2. Vgl. Gb-77. Liste der Ergebnisse. Berlin 1977. A.a.O., Bl. 10 und Bl. 26.

3. Vgl. Katalog der Ergebnisse der soziologischen Untersuchung... A.a.O., Bl. 3.

Befragten ab, DDR und BRD noch als Glieder einer einheitlichen Nation anzusehen (!).¹ Im Übrigen haben auch Untersuchungen in der ehemaligen Bundesrepublik ähnliche Haltungen bei ihren Befragten vorgefunden. Es sei nur auf die Ergebnisse verwiesen, die Gerhard Herdegen mitgeteilt hat.²

Wie es scheint, widerspiegeln sich in dieser Ergebniskette Realitäten des Lebens, wie sie der Durchschnittsbürger jener Jahre erlebte: Die Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten waren für sie unübersteiglich, die gesellschaftlichen Ordnungen erkennbar unterschieden und unvereinbar. Die Verhältnisse in der DDR waren insoweit stabil, so daß die Entstehung eines einheitlichen deutschen Staates in naher Zukunft nicht zu erwarten stand. Allenfalls erschien eine Annäherung beider deutscher Staaten möglich. Den meisten war zudem bewußt, daß es sich bei dem Verhältnis der deutschen Staaten nicht nur um eine deutsche Angelegenheit handelte. Niemand erwartete, daß die UdSSR einer Beseitigung der DDR ihre Unterstützung geben würde. Summa summarum: Auf lange Sicht schien die Zweistaatlichkeit eine Tatsache zu sein, auf die man sich einrichten mußte.

Mit dem Dargelegten korrespondiert, daß die DDR von der Mehrheit der Befragten als ihr Vaterland akzeptiert wurde. Dafür nur einige wenige Zahlen: 1969 sprachen sich 58,3 % der Befragten in dieser Weise aus³, 1977 waren es bereits 69,8 %⁴ und 1983 77,5 %⁵. Wenn man aber berücksichtigt, daß im Juli 1990 37 % der Befragten immerhin noch die DDR als ihr Vaterland bezeichneten⁶ und um die Jahreswende 1990/91 noch 20,9 %, zu denen man wohl die 15,6 % hinzuzählen muß⁷, die die ostdeutschen Länder als Vaterland angaben, dann spricht das eindeutig dagegen, die früheren Häufigkeiten nur als Opportunismus abzutun.

Natürlich wird man heute zu recht die damaligen Entscheidungen nicht als Ausdruck des unbedingten Willens der Befragten hinstellen. Wir stehen hier vor der Reflexion eines

1. Vgl. G-83. Listen der Ergebnisse. Berlin 1985.

2. Vgl. Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation. Hrsg. v. Werner Weidenfeld.

3. Vgl. Katalog der Ergebnisse der soziologischen Untersuchung... A.a.O., Bl. 3.

4. Vgl. Gb-77. Liste der Ergebnisse. Berlin 1977. A.a.O., Bl. 3.

5. Vgl. G-83. Listen der Ergebnisse. Berlin 1985.

6. Vgl. Ident '90. Frage 12.

7. Vgl. Ident '90/f2. Frage 6.

weitgehend als unabänderlich empfundenen Tatbestandes, mit dem durchaus vereinbar war, daß insgeheim an der Hoffnung auf ein einheitliches Deutschland festgehalten werden konnte.

Außerdem wird man heute den relativierenden Standpunkten größere Aufmerksamkeit schenken, die früher als sekundär betrachtet wurden. So bezogen 1969 immerhin 30,3% der Befragten den Standpunkt, daß die Perspektive des Sozialismus für die DDR zwar als real angenommen werden könnte, aber ob er sich in ganz Deutschland durchsetzen würde, das schien ihnen zumindest fragwürdig. In der Altersgruppe 19 bis 29 Jahre sprachen sich sogar 37,9% der Befragten in dieser Richtung aus¹. Das ist insofern interessant, als dieser Personenkreis 1989/90 jene Altersgruppe bildete (etwa die 40- bis 50jährigen), die in besonderem Maße über die sozialistische Gesellschaft verbittert und enttäuscht urteilte.

Darüber hinaus gab es Äußerungen, die darauf hindeuten, daß latent gesamtdeutsche Haltungen und Bedenken gegen eine staatliche Eigenständigkeit der DDR vorhanden waren. Es sei auf die 1972 bei der Landbevölkerung in drei Bezirken erhobenen Ergebnisse verwiesen. Trotz mehrheitlichen Votums für die DDR als ihrem Vaterland kreuzten 72,6 % der Befragten auch die Antwortmöglichkeit an: "Wir sollten uns nicht von der BRD abgrenzen, sondern versuchen, mit ihr näher zusammenzukommen".²

In Gruppengesprächen während der Enquête 1983 kamen ähnliche Tendenzen zutage. Sie traten in folgenden Äußerungen in Erscheinung:

- a) Beide deutsche Staaten sollten enger zusammenrücken. Dazu müßte jeder Staat mehr Entgegenkommen gegenüber dem anderen zeigen.
- b) Trotz der Existenz zweier Nationen mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sollte ein offener Grenzverkehr zwischen ihnen zugelassen werden.
- c) Die Bürger der DDR und der BRD verfügen nur über geringe konkrete Kenntnisse vom gesellschaftlichen Leben im anderen deutschen Staat. Allerdings befänden sich die Bürger der BRD auf Grund ihrer freien Reisemöglichkeiten in einer ungleich günstigeren Lage als die Bürger der DDR.
- d) Es ist zu berücksichtigen, daß die BRD-Bürger doch auch Deutsche sind. Die deutsche Nation und die deutsche Kultur haben sich über Jahrhunderte hinweg her-

1. Vgl. Katalog der Ergebnisse der soziologischen Untersuchung... A.a.O., Bl. 4 und Bl. 60.

2. Vgl. Gb-B-72. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung unter Genossenschaftsbauern. A.a.O., Bl. 30.

ausgebildet. Daraus resultierend existieren noch viele Gemeinsamkeiten. Demgegenüber ist der Entwicklungsabschnitt der DDR-Geschichte noch sehr kurz.¹

Unter Berücksichtigung solcher Erscheinungen kam die Bearbeiterin des Materials seinerzeit zu der Feststellung, daß der erreichte Stand der Einstellungen zum nationalen Status der DDR "durchaus nicht" als "irreversibel" angesehen werden könne.²

Nicht unbeachtet darf in diesem Zusammenhang bleiben, daß bei all diesen Fragen das Feld der Nichtbeantworter überdurchschnittlich groß war. Diese Personengruppe wird man unbedingt als nicht konform mit der herrschenden Lesart der Dinge bewerten müssen. Die Quoten ohne Antwort lauten bei der Frage, ob beide deutsche Staaten noch eine nationale Gemeinschaft bilden oder nicht, 1969: 16,2%, 1977: 11,3% und 1983: 12,7%.

So wird man von latenten gesamtdeutschen Stimmungen trotz eines mehrheitlichen wie auch immer motivierten Arrangements mit der DDR ausgehen müssen. Offensichtlich hat die in den 80er Jahren vorsichgehende Erosion der Stabilität der DDR und der Schwund des Vertrauens in die herrschende Politik diese Stimmungen wieder aufleben lassen. Diese Widersprüchlichkeit im Denken hat in früheren Interpretationen der Untersuchungsergebnisse mit Sicherheit eine zu geringe Beachtung gefunden. Zu dieser Unterlassung muß sich auch der Autor bekennen.

Das Gesagte wird auch durch Reaktionen gestützt, die auf Fragen zum Charakter der Bundesrepublik erfolgten. Auch hier kommt ein ganzes Bündel von Faktoren zum Tragen. Einerseits Akzeptanz gesellschaftlich vorgegebener Denkmuster, andererseits die durch westliche Massenmedien, Verwandte oder eigene Besuche entstandenen Alternativvorstellungen. Dabei wird man unterstellen müssen, daß sowohl realistische Positionen vertreten wurden als auch überhöhte Vorstellungen.

Übereinstimmend läßt sich zu allen Zeitpunkten dem Untersuchungsmaterial entnehmen, daß die BRD als ein wirtschaftlich leistungsfähiger und politisch einflußreicher Staat angesehen wurde. 1969 entschieden sich 71,7% aller Befragten für die Kennzeichnung der Bundesrepublik als ökonomisch stark. Bei den Jugendlichen betrug der Anteil sogar 78,2%.³ 1983 ist das Votum fast identisch. 72,6% der Befragten sprechen der BRD wissen-

1. Marianne Braumann: Der Zusammenhang von sozialistischem Nationalbewußtsein und sozialistischem Geschichtsbewußtsein in der DDR. Ergebnisse und Probleme geschichtsideologischer Arbeit nach dem X. Parteitag der SED. Phil. Diss. B. Berlin 1985, S. 109.

2. Vgl. ebd., S. 107.

3. Vgl. Katalog der Ergebnisse der soziologischen Untersuchung... A.a.O., Bl. 14.

schaftlich-technischen Höchststand und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu. In der Gruppe der 25- bis 34jährigen sind es sogar 79,9%.¹ Auch die herrschende Propaganda hat diese Tatsache niemals ernsthaft in Zweifel gezogen. Im Gegenteil: es war über weite Zeiträume regelrecht ein Ziel der politischen Führung, wirtschaftliche Vorsprünge der BRD aufzuholen. Das geschah mit dem Hinweis, die Überlegenheit des Sozialismus zu beweisen. Diese Losung wurde vor allem in der Zeit vertreten, da echte Fortschritte in der DDR die Hoffnung berechtigt erscheinen ließen, in absehbarer Zeit den Anschluß an das wirtschaftliche Leistungsniveau der BRD zu erreichen. Seit den 70er Jahren haben solche Argumentationen immer weniger Anwendung gefunden, weil die zunehmende Zerrüttung der Wirtschaft der DDR und die sichtlich wachsenden Rückstände im wissenschaftlich-technischen Entwicklungsniveau sie unglaublich werden ließen.

Die offizielle negative Bewertung der Bundesrepublik bediente sich in erster Linie politischer Wertungskriterien. Sie war vor allem gegründet auf ihrem kapitalistischen Charakter. Daran knüpfte sich die Argumentation, daß alles äußerlich Attraktive letztlich nur der herrschenden Oberschicht zugute kommt, die arbeitenden Menschen weitgehend benachteiligt werden und sich die Entwicklung des Landes zu ihren Lasten vollzieht. Daraus wurden Vorteile für die DDR gemünzt. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der BRD und das in ihr erreichte Lebensniveau sollten dadurch zweifellos heruntergespielt werden. Solange noch spürbare Verbesserungen der Lebensverhältnisse in der DDR verzeichnet werden konnten, wurde auch das noch mehrheitlich hingegenommen oder zumindest nicht bestritten. Als Beleg sei auf die Wertungen der Befragten zu entsprechenden Vorgaben verwiesen. 1969 äußerten sich zu der Meinung "Die BRD ist zwar politisch und sozial reaktionär aber wirtschaftlich fortschrittlich" 62,7% der Befragten zustimmend. In den nachfolgenden Untersuchungen sind solche politisch wertenden Aussagen weiter aufgeschlüsselt worden. Dabei zeigt sich, daß die Mehrheit die Machtverhältnisse in der BRD weitgehend kritisch einschätzte, so wenn 1983 82,4% der Befragten die Verhältnisse in der Bundesrepublik als durch die Interessen der großen Monopole dominiert sahen. Die 25- bis 34jährigen sprachen sich zu 90,8% für eine solche Wertung aus. Ähnlich eindeutig werden der BRD anti-kommunistische Beeinflussung der Bürger und Unterstützung der NATO-Hochrüstungspolitik als Kennzeichen zugeordnet. Auf die Frage, ob sie meinen, daß in der BRD allen Bürgern gleiche Chancen für ihre Zukunft gewährt werden, antworteten nur 7,4% der

1. Vgl. G-83. Listen der Ergebnisse. Berlin 1983. A.a.O. - Hier gibt es Parallelen zu den Ergebnissen bei Interviews aus dem Jahre 1990. Die überwiegende Mehrheit der Interviewpartner bezeichnete die ökonomische Stärke und die Effizienz des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik als deren unbestritten positivste Eigenschaft.

Befragten zustimmend, während 53,7% von ihnen das verneinten. In der Altersgruppe von 25 bis 30 Jahren war es sogar 74,4%, die das verneinten.¹ Das deutet darauf hin, daß es offensichtliche Wirkungen der offiziellen Propaganda gab, aber es besagt auch, daß dieser Propaganda zumindest ein richtiger Kerngehalt beigemessen wurde. Jedoch wird man nicht übersehen dürfen, daß es auch zu diesem Fragenkomplex relativ hohe Schwankungen in Einzelfragen gab. So haben 1977 nur 48% der Befragten der in der offiziellen Propaganda vertretenen Auffassung, daß in der BRD die reaktionäre Linie in der deutschen Geschichte ihre Fortsetzung findet, ihre Zustimmung gegeben. 40,2% der Befragten verstanden sich nur zu einer teilweisen Bejahung, während 9% eine solche Meinung ablehnten.²

Im Verlaufe der 80er Jahre stieg offensichtlich die Anziehungskraft der BRD, wie die Bereitschaft abnahm, eine historische und perspektivische Überlegenheit des Sozialismus zu akzeptieren. Die Erfahrungen in der Gesellschaft trugen dazu bei, daß dem Sozialismus mehr und mehr die Fähigkeit abgesprochen wurde, die Probleme zu meistern, mit denen die meisten Bürger sich herumschlagen mußten. So konstatierte eine Forschungsgruppe von Philosophen der damaligen Akademie für Gesellschaftswissenschaften 1988 nach Untersuchungen im Bezirk Dresden, daß von ständig größer werdenden Gruppen der Bevölkerung ein Fortschritt zugunsten des Sozialismus nicht mehr für wahrscheinlich gehalten wird.³

In den Untersuchungen über das Geschichtsbewußtsein in der DDR bildete die Frage nach der Rolle der UdSSR und das Verhältnis zu ihr stets einen wichtigen Bestandteil. Man kann die Ergebnisse dahingehend zusammenfassen, daß das Verhältnis der meisten befragten Bürger zur Sowjetunion durch ihre Rolle bei der Befreiung des deutschen Volkes und Europas vom Faschismus und für die Erhaltung des Friedens bestimmt wurde. Daneben besaßen ökonomische Gründe eine herausragende Bedeutung. Die UdSSR war für die meisten ein Garant für die notwendige Rohstoff- und Energieversorgung der DDR sowie Hauptabnehmer ihrer Industrieerzeugung. Dagegen verminderte sich im Laufe der Jahre die Anzahl derjenigen, die ihre Haltung zur UdSSR auf ihre Vorreiterrolle im Geschichtsprozeß zurückführten.⁴ Damit zerbröckelte eine wichtige Säule für die Billigung einer

1. Vgl. ebd.

2. Vgl. Gb-77. Liste der Ergebnisse ... A.a.O., Bl. 42.

3. Vgl. Studie aus dem Institut für marxistisch-leninistische Philosophie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

4. Vgl. G-83. Listen der Ergebnisse. A.a.O. Dafür entschieden sich nur 41,8% der Befragten. Bei den 16- bis 24jährigen fanden sich nur 25,8%, die die "Pionierrolle der UdSSR" als Begründung für ihr positives Verhältnis zu diesem Lande angaben.

einseitigen, engen Bindung an die UdSSR. Offenbar schlugen sich hier die Realitäten des Erlebens nieder, mit denen mehr oder weniger jeder DDR-Bürger konfrontiert wurde, sei es durch Besuche in der Sowjetunion, sei es durch Erfahrungen in den Wirtschafts-, Wissenschafts- oder Handelsbeziehungen. Das wirkte sich sogar dahingehend aus, daß die Perestrojka in der Sowjetunion nicht nur von der Führung und engstirnigen Funktionärskreisen relativ zurückhaltend aufgenommen wurde.

Resümierend bleibt festzustellen: In der ehemaligen DDR vollzogen sich in der Haltung ihrer Bürger Identifizierungsprozesse unter den Bedingungen eines latenten Spannungsverhältnisses zwischen Zustimmung bzw. Akzeptanz gegenüber dem sozialistischen Anspruch der Gesellschaft, so weit sie soziale und politisch-moralische Bedürfnisse befriedigte, und Ablehnung von Erscheinungen, die diesen Interessen zuwiderliefen. Das ist im wesentlichen in allen Gesellschaften der Fall. In der ehemaligen DDR konnte sich jedoch jederzeit eine Destabilisierung und Desintegration vollziehen, da mit der Existenz der Bundesrepublik für die Bürger eine Alternative im gleichen nationalen Raum existierte, die in dem Moment aktuell werden mußte, da Anspruch und Realität im eigenen Lande so weit auseinanderklafften, daß sie für die Bürger nicht mehr zusammengedacht werden konnten. Insofern haben latente "gesamtdeutsche" Stimmungen, offene und verborgene Sympathien für die bundesrepublikanische Ordnung und Abkehr von sozialistischen Wertvorstellungen im Denken der DDR-Bürger einen existentiell höheren Stellenwert gehabt, als das bei oppositionellen und gesellschaftskritischen Haltungen in allen anderen Ländern der Fall ist.

Aus den Untersuchungen über das Geschichtsbewußtsein in der DDR-Bevölkerung ergab sich noch eine weitere Erkenntnis, die aus heutiger Sicht von Interesse ist. Das Geschichtsverständnis in der DDR-Gesellschaft krankte daran, daß sich die ins allgemeine Bewußtsein eingegangenen Urteile über geschichtliche Prozesse, Ereignisse und Erscheinungen, die Wertungen über das Handeln von Persönlichkeiten und die historisch angereicherten Argumentationen weitgehend auf einer sehr hohen Verallgemeinerungsebene bewegten, d.h. sie gründeten sich überwiegend auf zusammenfassende und übergreifende Erklärungen und weniger auf eingehende Detailkenntnisse. In den Untersuchungen von 1983 wurde der Versuch unternommen, darüber genauere Aussagen zu treffen. Die Befragten wurden vor die Aufgabe gestellt, 26 Ereignisse der allgemeinen und deutschen Geschichte zeitlich einzuordnen. Dieser Test erbrachte das Ergebnis, daß allenfalls ein Drittel der Befragten ein Drittel der Ereignisse zeitlich richtig verorten konnte.¹ Historiker und andere Gesell-

1. Vgl. ebd.

schaftswissenschaftler haben diesen Tatbestand mehrfach moniert. Wie auch der Autor, haben sie die Ursache vor allem in Unzulänglichkeiten der Geschichtspropaganda und der Arbeit der Lehrer und Propagandisten gesehen. Sicherlich ist das nicht völlig von der Hand zu weisen. Aber die Frage nach den tieferen Ursachen bleibt.

Zunächst einmal wird man sagen müssen, daß sich in diesen Ergebnissen ganz normale "Schwund"erscheinungen schulischen Wissens niederschlugen. Die Frage ist nur zu stellen, ob nicht bereits die Schule die Weichen so stellte, daß Faktenwissen ungenügend fest verankert wurde, so daß es zuerst dem Vergessen anheimfiel.

Wahrscheinlich wird man die Frage grundsätzlicher stellen müssen. Die marxistisch-leninistische Geschichtsbetrachtung, wie sie in den als sozialistisch gekennzeichneten Ländern praktiziert wurde, war besonders auf die Erarbeitung und Verbreitung von großen Entwicklungslinien und übergreifenden Charakteristiken historischer Erscheinungen und Prozesse ausgerichtet. Das galt als Markenzeichen ihrer Wissenschaftlichkeit. So wurde der gelernte "DDR-Bürger" von Kindheit an eingestimmt. Die Folge war eine weit verbreitete Geringschätzung umständlicher Untersuchung der Fülle sich widersprechender Tatsachen. Von vornherein wurden Verallgemeinerungen und Begriffe mit Allgemeinheitscharakter als eigentliches Ziel wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit der Geschichte favorisiert.

Daß diese Praxis sich so ausbreiten konnte, hatte aber wohl seinen Hauptgrund darin, daß sie den Bedürfnissen der politischen Führung sehr zupaß kam. Verallgemeinerungen in kategorialer und definitorischer Form haben es an sich, von vielen Abweichungen und Modifikationen des Regelfalles absehen zu müssen. Das macht sie leicht handhabbar, weswegen sie auch ohne größere Mühe angeeignet werden können. Es kam den Führungen der ehemals sozialistischen Länder, auch der der DDR, sehr zustatten, daß mit diesen Verallgemeinerungen und Vereinfachungen, Kategorien, Stereotypen und Klischees bequem Widersprüche, Unzulänglichkeiten und Unstimmigkeiten zwischen Anspruch und Realität ihrer Politik aus der Geschichte eskamotiert werden konnten. Fehlleistungen der Politik ließen sich trefflich damit entschuldigen, daß "im Prinzip" alles in der richtigen Richtung verlaufe. Was zu Beschwerden und Kritik Anlaß gab, wurde einfach als unwesentlich und zweitrangig und damit der Diskussion unwürdig hingestellt.

Aus dem Lager der Wissenschaftler kamen zwar immer wieder Warnungen, daß eine allzu stark von der historischen Realität abgehobene und vereinfachende Darstellung die Gefahr in sich birgt, nicht mehr mit der widersprüchlichen Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens in Verbindung gebracht zu werden. Jedoch wurde die politische Instrumentalisierung und Instrumentalisierbarkeit dieses Vorgehens nur zögernd und sehr spät erkannt. Eigentlich spielte sie erst in den Debatten um die Erbe- und Traditionsfrage und ein differenzierteres Antifaschismus- und Faschismusverständnis eine Rolle.

Praktisch ergab sich aus dieser Erscheinung ein zunehmender Verlust der Realitätsbezo- genheit des verbreiteten Geschichtsbildes. Die vermittelten allgemeinen Thesen, Urteile, Bewertungen und Interpretationen waren immer weniger geeignet, als geistige Instrumente für die Erschließung von Realität und die Orientierung in ihr zu dienen. Der "Leerformel-" und "Worthülsencharakter" vieler Standardbegriffe nahm zu und damit die Überzeugungs- fähigkeit und Anziehungskraft der historischen Propaganda ab. Insonderheit traf das auf solche Begriffe wie "Sozialismus", "Imperialismus", "Epoche des Übergangs vom Kapitalis- mus zum Sozialismus", "Aggressivität", "Friedenskampf", "Antifaschismus" und "Solidarität" zu.

Es trat ein, was in solchen Fällen immer eintritt. Die Menschen nahmen gewissermaßen eine doppelte Buchführung vor. Sie reproduzierten auf Anforderung die vermittelten Formeln, machten sich aber auf die Realität aus ihrer Erfahrung nach und nach ihren eigenen Reim. Zum Schluß war eine Brücke zwischen beiden Ebenen kaum mehr vorhan- den. Das kennzeichnet die geistige Situation am Ende der 80er Jahre, ist aber nicht gene- rell übertragbar auf andere Zeiträume. Dennoch sind Grundmuster dieser Situation im gesamten Untersuchungszeitraum vorhanden.

Die in der ehemaligen DDR erhobenen Ergebnisse über das Geschichtsbewußtsein gestat- ten nach Meinung des Autors vielfältige Einblicke in das geistige Profil der Gesellschaft. Neben Aussagen über die Widerspiegelung der Realität des Lebens geben sie auch Aus- kunft über Fehlleistungen der Gesellschaft. Sie können daher auch mit Gewinn ausgewertet werden, um Quellen für gegenwärtige Reaktionen zu erschließen. Dabei müssen sie zwar mit Bedacht und kritischer Distanz herangezogen, aber dennoch berücksichtigt werden.

KONFLIKTREICHE TRANSFORMATION ZUM BUNDESBÜRGER
BEMERKUNGEN ZU ERGEBNISSEN SOZIOLOGISCHER ERHEBUNGEN
IN OSTDEUTSCHEN LÄNDERN

von Jürgen Hofmann

Ein reichliches Jahr, nachdem die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft trat und wenige Wochen bevor sich die Staatsakte zur Einheit Deutschlands jähren, ist der verbreitete Jubel einer allgemeinen Ernüchterung gewichen. Vollmundige Versprechungen, keinem werde es schlechter, aber vielen besser gehen, hätten in diesen Tagen in Ostdeutschland sicherlich ein kritischeres Publikum als in jenen, da sie als Wahlköder ausgelegt wurden. Angesichts der anhaltenden ökonomischen Talfahrt und der beängstigend steigenden Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern sind kritische Bilanzen nur zu verständlich und mehr als geboten. Noch reagieren klarsichtige ehemalige DDR-Bürger hoffentlich aus Erfahrung allergisch auf Versuche, Entwicklungen schön zu reden. Dem Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, an dem die DDR zerbrach, wird sich auch die erweiterte Bundesrepublik stellen müssen.

Der für die jüngste Entwicklung vielfach verwendete Begriff der Vereinigung ist eigentlich irreführend und nicht zutreffend. Viele Probleme und Konflikte bei der Gestaltung der deutschen Einheit rühren daher, daß der Weg der Vereinigung beider deutscher Staaten bewußt ausgeschlagen und der des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik gewählt wurde. Dieser Ansatz hatte Weiterungen und Konsequenzen, für die vertraglichen und rechtlichen Prämissen des Vorgangs sowie für die Art und Weise, wie der gescheiterte zweite deutsche Staat der erfolgreichen Bundesrepublik angepaßt wird. Er produzierte zwangsläufig entsprechende Szenarien, Vorgaben, Ideologien, Haltungen und Begriffe. Die Bundesrepublik Deutschland weitete ihre Hoheit aus. Sie überträgt ihre gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen auf die ehemalige DDR, deren Bevölkerung sich mit gravierenden Veränderungen ihrer Existenz- und Lebensbedingungen konfrontiert sieht.

Der überstürzte Anschluß und seine Folgen sowie der missionarische Eifer, mit dem die ostdeutschen Lande nach eigenem - sprich bundesdeutschem - Bilde geformt und zurechtgestellt werden, lassen für die notwendige Neuorientierung wenig demokratische Freiräume. Pferdekuren, das verschwiegen die Befürworter eines solchen Vorgehens, bergen neben den Chancen auf schnelle Heilung auch große Risiken für Gesundheit und Leben des jeweiligen Patienten. Die Ereignisse dieses Jahres bestätigen: Der Weg in die deutsche Einheit ist offensichtlich wesentlich langwieriger, komplizierter und schmerzhafter als

maßgebliche Politiker eingestehen und viele Bürger unter dem Eindruck sich überstürzender Ereignisse im Vorjahr glauben mochten.

Der Begriff vom "Ossi und Wessi", der manchem so mißfällt, beschreibt eine reale Lage, ein unübersehbares ökonomisches und soziales West-Ost-Gefälle mit all seinen Folgen für Lebensqualität, Chancengleichheit oder – treffender – Chancenungleichheit, Selbstverständnis und Befindlichkeit. Hinzu kommt, daß die deutsche Zweistaatlichkeit – wie wir heute wissen – zwar eine historische Episode war, aber immerhin lange genug andauerte, um Prägungen zu hinterlassen und auf abschbare Zeit nachzuwirken. Die klugen und sensiblen Beobachtungen von Günter Gaus zur Welt der Westdeutschen und der Welt der Ostdeutschen¹ können deshalb keineswegs zu Makulatur erklärt werden. Mancher der dort beschriebenen Befunde ist bereits als Problem der Annäherung und des Zusammenwachsens wiederzufinden.

Die Integration, Inkorporation und Assimilation der DDR-Gesellschaft in die Bundesrepublik Deutschland bleibt ein zeitgeschichtlich ungewöhnlicher und einmaliger Vorgang. Er ist mit vielen Problemen, Konflikten und Herausforderungen verbunden, die die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte mit Sicherheit nachhaltig beeinflussen werden. Die Untersuchung, Analyse und Darstellung relevanter Vorgänge und Zusammenhänge auf diesem Gebiet sind wichtige gesellschafts- und wissenschaftspolitische Aufgaben. Sie bedürfen öffentlicher Aufmerksamkeit und streitbarer Debatte.

Im Gegensatz zu vergangenen Jahren steht gegenwärtig relativ reichhaltiges und differenziertes soziologisches Material zur Verfügung, um Betrachtungen zur Befindlichkeit der ehemaligen DDR-Bürger in diesem Prozeß zu stützen.² Eine erste Sichtung der verschiedenen Materialien verweist auf folgende Sachverhalte und Tendenzen:

1. In den ersten Wochen nach der Wende im Herbst 1989 hielt eine deutliche Mehrheit zunächst am gewohnten Orientierungsmuster deutscher Zweistaatlichkeit sowie an einer sozialistischen Orientierung und an der Eigenstaatlichkeit der DDR fest. Die Auffas-

1. Vgl. Günter Gaus: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983; ders.: Die Welt der Westdeutschen. Kritische Betrachtungen. Köln 1986.

2. Vgl. u.a. P. Förster/G. Roski: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin 1990; Das Profil der Deutschen. Was sie vereint und was sie trennt. In: Spiegel Spezial 1/1991, Hamburg 1991; W. Barthel/E. Schüttauf: Umbrüche auf dem Weg in die Marktwirtschaft. ISDA-Report zum Einigungsprozeß. In: horizont 18/1991. Die Projektgruppe Identitätswandel Berlin führte im Juli und August 1990 sowie im April und Mai 1991 eigene Erhebungen und Stichproben durch mit 1058 bzw. 860 sowie 234 und 111 Probanden aus allen neuen Bundesländern. Die folgenden Aussagen und Angaben stützen sich auf diesen Datenfundus, soweit nicht andere Quellen angegeben sind.

sung, die DDR solle einen "besseren, reformierten Sozialismus anstreben", wurde bei verschiedenen Befragungen im November und Dezember 1989 von 70 bis 90 Prozent geteilt. Begünstigt wurde dieses Meinungsbild zunächst durch die "Aufbruchstimmung" in der Herbstbewegung und durch deren Leitpersönlichkeiten, die sich mit dem Aufruf "Für unser Land" politisch deutlich positionierten. In mehreren Befragungen ost- wie westdeutscher Institute sprachen sich zwischen 55 und 80 Prozent für einen souveränen Staat DDR aus. Der Gedanke der Vereinigung mit der BRD wurde zu diesem Zeitpunkt von den meisten noch mit großer Zurückhaltung reflektiert.¹

Die Idee der nationalen Einheit war ursprünglich kein Leitmotiv der Herbstbewegung. Sie wurde erst allmählich virulent und fand, beginnend in den Südbezirken, rasch starken Zulauf. Während des ersten Halbjahres 1990 stieg die allgemeine Befürwortung der deutschen Einheit auf 80 bis 90 Prozent. Diejenigen, die sich aus unterschiedlichsten Motiven dem Sog der Einheitsrufe widersetzten, schrumpften in diesem Zeitraum auf eine kritische, aber auch relativ stabile Minderheit von ca. 10 Prozent. Bei der Berufung auf dieses eindeutige Mehrheitsvotum wird gern übersehen, daß sich die Befürwortung der Einheit auf die Vereinigung und nicht auf die Vereinnahmung bezog. Nahezu 70 Prozent bekannten sich zur Einheit, sahen jedoch viele Probleme in diesem Zusammenhang.

2. Den Hoffnungen und Illusionen des Herbstes 1989 folgte ab Jahreswende zunächst eine Phase der raschen Erosion der Bindungen an die DDR. Als Hefe in diesem Prozeß wirkten die tiefe Krise der DDR-Gesellschaft und die daraus erwachsende Ernüchterung und Enttäuschung. Das ursprünglich noch vorhandene Interesse am zeitweiligen oder mittelfristigen Fortbestand der DDR schwand in dem Maße, wie das ganze Ausmaß der Krise ins öffentliche Bewußtsein drang. Die Distanz zu sozialistischen Ideen und Orientierungen wuchs schnell. Im Gegenzug setzte sich die Hinwendung zur leistungsfähigeren BRD und ihrem gesellschaftlichen und politischen System durch. Im Sommer 1990 ließen sich in unserer Erhebung nur 3,4 Prozent Befragte ausmachen, die das gesellschaftliche System der BRD ablehnten. Jeder siebente hielt es sogar für vorbildlich und wünschte es unverändert auf die DDR übertragen.

An dieser Stelle muß daran erinnert werden, daß diese rasche Erosion der DDR-Bindung eine längere Vorgeschichte hat und sich vor allem in den 80er Jahren wiederholt andeutete. Dennoch können meines Erachtens von der DDR-Gesellschaft geprägte

1. Vgl. Berliner Zeitung vom 14.11.1989 und 19.12.1989; Neues Deutschland vom 28.12.1989.

Bindungen und Identitätsbildungen nicht retrospektiv generell in Abrede gestellt werden, wie das gegenwärtig aus konjunkturellen Gründen häufig geschieht. Der Begriff der Identität, der in der wissenschaftlichen Diskussion durchaus umstritten ist¹, sollte nicht unbedingt mit bedingungsloser Bejahung gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse gleichgesetzt werden. Im geeinten Deutschland wären sonst kritische und oppositionelle Kräfte aus Identifikationsprozessen von vornherein ausgeschlossen.

Vieles spricht dafür, daß die Ausbildung und Identität wesentlich komplexer und in sich widersprüchlicher abläuft, daß sie von einer Vielzahl von Beziehungen zur natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt beeinflußt und geprägt ist, die im einzelnen zustimmend, aber auch kritisch sein können. Befunde und Indizien aus vorliegenden jüngeren und älteren soziologischen Untersuchungen belegen eine DDR-Identität, die allerdings als in sich widersprüchliches Phänomen gefaßt werden muß.² Mancher gegenwärtige Konflikt bliebe außerdem sonst unverständlich.

3. Die Phase der massenhaften Erosion von DDR-Bindungen und der Abwahl des eigenen Staates mündete in eine Phase des widerspruchsvollen und konfliktreichen Übergangs zu neuen Rahmenbedingungen staatsbürgerlicher Existenz, die noch andauert und mit Tendenzen der Ernüchterung einhergeht. Der Sprung in die Bundesrepublik und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse barg für viele Bürger in den ostdeutschen Ländern mehr Probleme als sie ursprünglich annahmen. Sie sahen sich relativ unvermittelt mit Bedingungen und Normen konfrontiert, auf die sie weder wissenschaftsmäßig noch mental hinreichend vorbereitet waren. Ihr Blick auf die Bundesrepublik war bis vor einem Jahr der eines außenstehenden Beobachters, nicht aber der eines Betroffenen gewesen. Die "Abnabelung" von der DDR und ihren hausgemachten Besonderheiten erweist sich in der täglichen Praxis als schwieriger und schmerzhafter als mancher erwartet hatte. Die wachsende Rücksichtslosigkeit in der Gesellschaft wird von vielen als ein ernsthaftes persönliches Problem empfunden. Es rangierte bei jüngsten Erhebungen auf Platz 1

1. Vgl. u. a. Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1989; Die Identität Europas. München/Wien 1985; Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen. Mainz 1984; Die DDR in Deutschland. Köln 1986.

2. Von den seltenen Arbeiten, die versuchten, dieses Problem bereits vor der Wende zu thematisieren, seien hier genannt: Helmut Hanke, Thomas Koch: Zum Problem der kulturellen Identität. Anregungen für eine Diskussion. In: Weimarer Beiträge, H. 8/1985; dies.: Identifikation und/oder Emanzipation? Nochmals zur Frage der kulturellen Identität. Ebenda, H. 10/1989.

einer fiktiven Rangfolge, noch vor dem Problem der Arbeitslosigkeit. Daraus jedoch die Bereitschaft zu Gegenreaktion und Solidarisierung ableiten zu wollen hieße, die gegenwärtig typische komplizierte Verflechtung von Widersprüchen und Konflikten zu verkennen.

4. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen die deutsche Einheit befürwortete, vollzieht sich ihre Hinwendung zu einem an der vergrößerten Bundesrepublik orientierten Selbstverständnis sehr viel langsamer als die einschlägig bekannten Wahlergebnisse vermuten lassen. Symptomatisch dafür scheint mir eine Wortmeldung aus Thüringen zu sein, die uns im Zusammenhang mit unseren Untersuchungen im Sommer vorigen Jahres erreichte. Dort hieß es: "In erster Linie würde ich mich gern schon als Deutsche fühlen und habe lange auf dieses Gefühl gewartet; muß aber gestehen, daß das eines Umdenkungsprozesses bedarf und doch der 'Deutsche aus der DDR' noch in mir steckt. Bin jedoch der Hoffnung, das in den nächsten Jahren schnellstmöglich vergessen zu können." Um wieviel schwieriger muß sich die Neuorientierung erst für diejenigen gestalten, die ihre DDR-Vergangenheit nicht so schnell vergessen möchten?¹

Im Juli 1990 charakterisierten sich über die Hälfte der Befragten noch als DDR-Bürger bzw. als DDR-Deutsche. Für 37 Prozent war damals die DDR der vorherrschende Vaterlandsbezug. Jeder zweite hatte sein Verständnis von Vaterland bereits auf ganz Deutschland geweitet. Im Dezember bestätigte sich erneut, daß sich ein Drittel in erster Linie noch als ehemalige DDR-Bürger und weitere 20 Prozent vorwiegend als Ostdeutsche verstehen. Die untergegangene DDR war zu diesem Zeitpunkt für jeden fünften sein Vaterlandsbezug. Das vereinigte Deutschland wurde wiederum erst von der Hälfte als Vaterland angenommen. Der gestiegene Anteil derer, die dem Vaterlandsbezug keine Bedeutung beimäßen (14,2 Prozent), verweist auf eine wachsende Verunsicherung und auf Orientierungsschwierigkeiten. Solche Befunde machen darauf aufmerksam, daß über vier Jahrzehnte getrennte und sehr unterschiedliche Entwicklung weder ignoriert noch mit Staatsakten von heute auf morgen aus der Welt geschafft werden können. Die deutsche Zweistaatlichkeit war ja nicht nur eine Rahmenbedingung schlechthin, sie war für die Deutschen in Ost und West gleichfalls gelebter und auf unterschiedliche Weise verinnerlichter Alltag. Die Konsequenzen für

1. Vgl. dazu Dietmar Wittich u. a.: Strukturen, politische Aktivitäten und Motivationen in der PDS. Mitgliederbefragung der PDS 1991. Forschungsbericht, Institut für Sozialdatenanalyse e. V. Berlin, Juni 1991.

das Verhältnis von Gemeinsamkeiten und Unterschieden werden nach dem Wegfall der Grenze deutlicher denn je.

5. Als logische Konsequenz des Anschlusses werden den neuen Bundesländern Normen, Strukturen und gesellschaftliche Verhältnisse der Bundesrepublik faktisch übergestülpt. Das führt für die Neubundesbürger zu einer rapiden Entwertung ihrer bisherigen sozialen Erfahrungen. Das ist ein Problem, das häufig noch nicht einmal ansatzweise bewältigt ist. Die Verhaltensmuster und Gewohnheiten des Ostdeutschen waren an anderen Verhältnissen geschult. Dort hatten sie für den einzelnen und die Gruppe einen praktischen Sinn. Plötzlich sind sie nutzlos, werden Quelle persönlicher Nachteile und Niederlagen. Diese Sinnkrise bisheriger Lebensgewohnheiten¹ wiegt für den einzelnen nicht selten schwerer als die Krise bisheriger politischer und gesellschaftlicher Leitbilder.

Das Tempo, mit dem der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland vorangetrieben wurde, ließ den meisten Menschen in Ost und West keine Zeit, sich der neuen staatlichen, gesellschaftlichen und geographischen Bedingungen ihrer Existenz sowie der daraus erwachsenden Konsequenzen bewußt zu werden. Die allorts spürbaren Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen sind ein Symptom dafür.

6. Die mit parlamentarischen Mehrheiten abgestützte Einigung von oben und die administrative Übertragung von Strukturen und Verhältnissen der Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer drängt deren Einwohner in die Rolle passiver Zeitzeugen. Folgerichtig sahen sich im Herbst 1990 über 48 Prozent der Ostdeutschen als Beobachter des deutschen Einigungsprozesses und mehr als ein Drittel fühlten sich von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen bzw. überrollt. Im Dezember gaben 42 Prozent an, von wichtigen Entscheidungen zur deutschen Einheit ausgeschlossen zu sein, während sich 37 Prozent im Beobachterstatus sahen.

Die Aneignung und Mitgestaltung der neuen Existenz- und Lebensverhältnisse ist durch die massenhafte Ausgrenzung aus dem Arbeitsprozeß zusätzlich erschwert. An die Stelle demokratischer Mitgestaltung tritt vielfach die Nötigung zur Anpassung. Die

1. Eine sehr einseitige und meines Erachtens verzerrte und, wie der Autor selbst eingesteht, persönlich determinierte Sicht auf die DDR-Gesellschaft gibt Hans-Joachim Maaz in: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin 1990. Das Buch macht auf seine Weise auf die Notwendigkeit sorgfältiger Analysen zur Massenpsychologie der DDR-Gesellschaft aufmerksam.

Langzeitfolgen solcher politischen, sozialen und historischen Erfahrungen für das künftige Selbstverständnis und die politische Kultur lassen sich unschwer ausmalen. Deformierungen sind vorprogrammiert. Dazu kommt, daß erhebliche Teile der Ostdeutschen ihre Interessen im Einigungsprozeß unzureichend berücksichtigt oder sogar vernachlässigt sehen. Im Falle des ersten Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion waren das immerhin 40 Prozent der Befragten, die diese kritische Einschätzung trafen. Zum Einigungsvertrag machte jeder zweite solche Einwände geltend. Unter Intellektuellen sowie in Ostberlin war die kritische Position zu diesem Vertragswerk in beiden Fällen noch wesentlich stärker ausgeprägt. Bis Ende 1990 wurden jedoch die vorhandenen Befürchtungen durch die gleichzeitig weit verbreitete außerordentlich große Erwartungshaltung, die viele Politiker im Wahlkampf gezielt nährten, entschärft und überdeckt. Die meisten Meinungsumfragen bestätigten, wie stark die Hoffnung dominierte, durch die rasche Vereinigung mit der ökonomisch leistungsstarken Bundesrepublik eine schnelle und spürbare Verbesserung des eigenen Lebensstandards zu erlangen.

7. Scheinbar im Widerspruch zur gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Talfahrt in den ostdeutschen Ländern sowie den Anzeichen allgemeiner Ernüchterung stehen ein nach wie vor beachtliches Hoffnungspotential und relativ hohe Erwartungen in das politische und gesellschaftliche System der BRD. So bekundeten zum Jahreswechsel zwei Drittel der Befragten ihr ungebrochenes Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dieses Votum wurde nur noch übertroffen vom Vertrauen in die eigene Kraft und in die Familie (über 90 Prozent). Noch ist die Stimmung in den neuen Bundesländern besser als die reale Lage. Das muß im Gegensatz zu regierungsoffiziellen Vorwürfen festgehalten werden.

Dieser scheinbare Widerspruch ist zum einen als Zeichen einer latenten Leistungsbereitschaft zu deuten, die für den Aufbau der ostdeutschen Länder mobilisiert werden könnte. Zum anderen sind sicherlich nach wie vor Illusionen im Spiel, die sich u. a. aus der zurückliegenden Leistungsbilanz der bundesrepublikanischen Gesellschaft nähren. Ob sich unter den inzwischen erheblich veränderten internationalen und europäischen Bedingungen das "Wirtschaftswunder" der 50er Jahre einfach nachvollziehen läßt, ist jedoch fraglich. Auf keinen Fall kann die historische Analogie - ob treffend oder nicht - reale Analysen und zukunftsorientierte Konzepte ersetzen.

Außerdem klaffen offensichtlich die gegenwärtig reale soziale Talfahrt und die individuelle Wahrnehmung zur Entwicklung der Lebenslage auseinander. Sowohl im Dezember 1990 wie im April 1991 schätzte über die Hälfte der Befragten ein, ihr Lebens-

standard sei gleichgeblieben. Jeder sechste gab eine spürbare Verbesserung zu Protokoll. Das heißt, zwei Drittel fühlten sich von einer Verschlechterung ihrer Lebenslage scheinbar oder auch tatsächlich noch nicht betroffen. Befragungen zum Jahrestag der Währungsunion bestätigten diese grundsätzliche Konstellation.¹ Schließlich dokumentiert sich in diesem Widerspruch auch ein Verdrängungseffekt, mit dem soziale Verunsicherung kompensiert wird.

Der von vielen erwartete Stimmungsumschwung ist trotz sich häufender Probleme und Negativerfahrungen nicht eingetreten. Die recht kurze Renaissance der Montagsdemonstrationen und ihre vergleichsweise bescheidene Massenresonanz im ersten Quartal deuteten bereits darauf hin, daß mit erheblichen Phasenverschiebungen zu rechnen ist. Gravierende Umbrüche im Stimmungs- und Meinungsbild sind meines Erachtens erst in nächster Zeit vor dem Hintergrund zunehmender Massenarbeitslosigkeit und sich zuspitzender sozialer Konflikte zu erwarten. Kurzschlüssige Wirkungen auf eine politische Trendwende lassen sich daraus jedoch nicht ohne weiteres ableiten.

8. Ein Ausdruck der gegenwärtigen Identitätskrise der Ostdeutschen sind die teilweise dramatischen Veränderungen im Verhältnis zu Ausländern und ausländischen Arbeitskräften. Schon im Sommer 1990 verneinten über die Hälfte die Frage, ob das künftige Deutschland ausländischen Arbeitskräften offenstehen solle. Das beherrschende Motiv war die Angst um den Arbeitsplatz (83,4 Prozent). Auch ein halbes Jahr später fanden sich dafür keine Mehrheiten. Das korrespondiert mit der weitverbreiteten Meinung, Deutschland müsse sich zuerst um sich selbst kümmern, die von mehr als zwei Dritteln völlig oder teilweise geteilt wird, obwohl jeder zweite vorgibt, Hunger und Armut in der dritten Welt als persönlich berührendes Problem zu empfinden. Lediglich die Gewährung von politischem Asyl kann gegenwärtig auf mehrheitliche Akzeptanz rechnen.

Stark rückläufig ist ebenfalls der Gedanke der Freundschaft zur Sowjetunion und zu Osteuropa, zu dem sich im Sommer 1990 noch über 80 Prozent bekannten. Zwar rangiert die UdSSR noch deutlich vor den USA, wenn es um den Wunsch nach engen freundschaftlichen Beziehungen geht, hat aber inzwischen 30 Prozentpunkte verloren. Der Warschauer Vertrag war von den DDR-Bürgern schon vor einem Jahr abgeschlossen worden. Die Ideen der Völkerfreundschaft und der Solidarität, die in der

1. Vgl. Junge Welt vom 1. Juli 1991; Berliner Zeitung vom 1. Juli 1991; Neues Deutschland vom 2. Juli 1991. Bei der Wiedergabe der Befragungen von infas und concret Berlin wird allerdings das Drittel hervorgehoben, dessen Lebensverhältnisse sich verschlechtert haben.

Vergangenheit in der DDR nachgewiesenermaßen massenhafte Resonanz fanden, zeigten sich den Belastungen und Konflikten der eingetretenen Veränderungen nicht gewachsen.

9. Teil der Identitätskrise im Osten Deutschlands ist die massenhafte Entwertung bzw. Umbewertung bisheriger historischer Erfahrungen, Leitbilder und Orientierungsmuster. Mit dem Untergang der DDR verbindet sich für viele zugleich die Frage nach dem Sinn eigenen Handelns. Diese Sinnkrise betrifft keineswegs nur diejenigen, die ihre Hoffnungen und Wege besonders eng mit dem Schicksal dieses zweiten deutschen Staates verknüpft hatten. Nach vorliegenden Erhebungen bewertet nur eine Minderheit ihre DDR-Vergangenheit als verlorene Zeit (im Juli 1990 wurden 14 Prozent ermittelt).

In diesem Zusammenhang ist die Frage von Interesse, welchen Platz die Geschichte der DDR im historischen Selbstverständnis der Deutschen künftig einnehmen wird.¹ Wird sie als Teil eines in sich widersprüchlichen Erbes vom und im geeinten Deutschland angenommen oder als eine Fehlentwicklung verdrängt? Es geht ja bei über vier Jahrzehnten DDR nicht nur um ihre in "Abrissen" und "Grundrissen" geschönte Verklärung. Sie bergen auch die Lebensarbeit und Lebensleistung, die Fehlleistungen eingeschlossen, mehrerer Generationen in sich. Können sich die Menschen zu ihrer DDR-Vergangenheit, zu ihren Lebenswegen und Biographien, bekennen oder wird ihnen die Verdrängung aufgenötigt? Die dringend notwendige öffentliche, kritische und streitbare Diskussion um das Für und Wider zurückgelegter Wege, um Schuld und Verantwortung kann in einem Klima der Intoleranz, der Kriminalisierung und der Pauschalverurteilungen schwerlich gedeihen. Verdrängte Geschichte – dies liegt auf der Hand – ist aber in jedem Fall unverarbeitete und unverdaute Geschichte – mit allen Langzeitfolgen, die sich daraus ergeben.

Obwohl die Masse der Bürger ein verständlicherweise ausgeprägt kritisches Verhältnis zur DDR-Vergangenheit und DDR-Gesellschaft hat, stoßen Pauschalurteile wie ihre Klassifizierung als Fehlentwicklung deutscher Geschichte auf widersprüchliche Resonanz. Besonders bei Jugendlichen und in den Altersklassen über 45 Jahre werden sie distanziert aufgenommen. Zwei Drittel wollen sie als gescheiterten Versuch einer sozial gerechteren Gesellschaft respektiert wissen.

Die sich häufenden Verständigungsprobleme zwischen Ostdeutschen und Westdeut-

1. Vgl. u. a. Wolfgang Küttler: Die ehemalige DDR und die neue deutsche Identität. Was bleibt vom Selbstverständnis der DDR-Bürger? In: Utopie kreativ, H. 3/1990.

schen erinnern immer wieder daran, daß das Wissen über den Werdegang des jeweils anderen Teils völlig ungenügend und nicht selten von Klischees und Feindbildern dominiert ist. Das behindert nicht nur den öffentlichen Dialog zur deutschen Nachkriegsgeschichte, sondern vor allem die Lösung dringender gegenwärtiger Probleme. Aus dem historischen Selbstverständnis der Bürger des vereinigten Deutschland können auf die Dauer die Erfahrungen des jeweils anderen Weges deutscher Nachkriegsgeschichte nicht ausgeblendet bleiben. Die gegenwärtige Tendenz, die klinisch gereinigte Geschichte der alten BRD mit der grundsätzlich zu verwerfenden Geschichte der DDR kontrastieren zu lassen, ist kaum geeignet, Verständnis für die Bewältigung anstehender Probleme zu fördern. Sie enthält außerdem Elemente der Diskriminierung und Ausgrenzung, die sich für die Zukunft als Belastung erweisen werden.

Wenn in den vorangegangenen Erörterungen der Identitätskonflikt der Ostdeutschen in den Mittelpunkt gestellt wurde, so nicht deshalb, um einer DDR-Nostalgie das Wort zu reden. Eine solche Orientierung würde sich mit Sicherheit als Sackgasse erweisen. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, den Bürgern der ehemaligen DDR Hilfestellung auf ihrem schwierigen Weg ins geeinte Deutschland zu geben, ihnen den vielbeschworenen "aufrechten Gang" zu ermöglichen.

AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNGEN DER PROJEKTGRUPPE IDENTITÄTSWANDEL, BERLIN

Angaben zu den Erhebungen

1. Briefbefragung Juli 1990:

1058 ausgewertete Fragebogen; Frauenanteil 49,9 Prozent; Altersstruktur, Länderverteilung und Stadt-Land-Anteile entsprachen statistischen Durchschnittswerten; Anteil der Arbeiter und Angestellten 54 Prozent, Intelligenz 18,1 Prozent.

2. Briefbefragung Dezember 1990:

860 ausgewertete Fragebogen; Frauenanteil 46,4 Prozent; Alters-, Regional- und Stadt-Land-Struktur entsprachen weitgehend statistischen Durchschnittswerten; Anteil der Arbeiter und Angestellten 44 Prozent, Intelligenzanteil 18,3 Prozent.

3. Stichprobe April 1991:

234 ausgewertete Fragebogen; Frauenanteil 46,6 Prozent; Alters-, Regional- und Stadt-Land-Anteile an statistischen Durchschnittswerten orientiert; Anteil der Arbeiter und Angestellten 37,3 Prozent, Intelligenzanteil 11,5 Prozent, Anteil Arbeitslose 14,1 Prozent.

4. Stichprobe Ostberlin Mai 1991:

111 ausgewertete Fragebogen; Frauenanteil 39,6 Prozent; Altersstruktur entspricht im wesentlichen statistischem Durchschnitt; Anteil Arbeiter und Angestellte 25,2 Prozent, Intelligenzanteil 12,6 Prozent, Anteil Arbeitslose 19,8 Prozent.

Meinungsspiegel zu ausgewählten Fragen

1. Stellung zur Vereinigung (Juli 1990)

- Begrüße die Vereinigung ohne Einschränkung	19,3 %
- Bin für die Vereinigung, sehe aber Probleme	68,6 %
- Lehne die Vereinigung unter jetzigen Bedingungen ab	10,6 %
- Bin strikter Gegner der Vereinigung	1,0 %

2. Beurteilung des persönlichen Platzes im Einigungsprozeß

	Okt. 1990	Dez.1990
	(ISDA-Umfrage)	
- Ich sehe mich als Mitgestalter	9,8 %	18,3 %
- Ich sehe mich eher als Beobachter	48,6 %	36,7 %
- Ich sehe mich von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen	14,8 %	} 36 % 42,4 %
- Ich fühle mich überrollt	21,2 %	
- Der Einigungsprozeß ist mir relativ gleichgültig	5,3 %	1,9 %

3. Erwartungen in die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (Juli 1990)

- sofortige Verbesserung des Lebensstandards	5,3 %
- allmähliche Verbesserung des Lebensstandards	52,3 %
- zeitweiliges Absinken des Lebensstandards	28,2 %
- Gefährdung der Existenz	12,5 %

4. Bisherige Auswirkungen der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (individuelle Wahrnehmung)

	Dez. 1990	Apr. 1991	Mai 1991 (Ostberlin)
Mein Lebensstandard			
- hat sich spürbar verbessert	17,4 %	16,0 %	6,3 %
- ist gleichgeblieben	54,0 %	52,0 %	38,7 %
- hat sich verschlechtert	16,9 %	18,5 %	29,7 %
Meine Existenz			
- ist gefährdet	10,8 %	13,5 %	25,2 %

5. Nationale Identifikation bzw. Zuordnung

	Juli 1990	Dez. 1990
Ich fühle mich in erster Linie		
- als Deutscher	47,9 %	45,8 %
- als Deutscher aus der DDR bzw. Ostdeutscher	32,5 %	19,3 %
- als (ehemaliger) DDR-Bürger	18,8 %	34,2 %
Vaterland ist für mich		
- ganz Deutschland	50,8 %	48,5 %
- die (ehemalige) DDR	37,0 %	20,6 %
- das Gebiet der ostdeutschen Länder	-	15,3 %
- nicht wichtig	11,6 %	14,0 %

6. Bewertung des politischen und gesellschaftlichen Systems der BRD (Juli 1990)

- vorbildlich	13,2 %
- positiv, aber auch verbesserungsbedürftig	82,0 %
- lehne dieses System ab	3,4 %

7. Vertrauensbasis (Dez. 1990)

Ich vertraue auf	ja	teilweise	nein
- die soziale Marktwirtschaft	64,1 %	27,9 %	10,8 %
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	62,4 %	31,3 %	3,0 %
- die Politiker meiner Wahl	52,3 %	33,0 %	10,8 %
- meine Familie	92,0 %	3,5 %	0,8 %
- mich selbst	91,2 %	4,3 %	1,0 %

8. Persönlich besonders bewegende Probleme (April 1991) - Auswahl

- Wachsende Rücksichtslosigkeit in der Gesellschaft und steigende Kriminalität	94,0 %
- Umweltverschmutzung	64,5 %
- Arbeitslosigkeit	59,0 %
- bevorstehende Mieterhöhung	52,5 %
- Urlaubs- und Reisepläne	17,0 %
- Erwerb eines neuen Autos	10,5 %

9. Beurteilung von DDR-Vergangenheit

	Juli 1990
- Das waren die besten Jahre meines Lebens	7,3 %
- Habe aus dieser Zeit das Beste gemacht	77,4 %
- Ist für mich verlorene Zeit	14,3 %

	Dezember 1990		
	ja	teilweise	nein
- Die DDR war eine Kette von Fehlern und Mißerfolgen	40,2 %	38,5 %	15,6 %
- Die DDR war der gescheiterte Versuch einer gerechteren Gesellschaft	63,4 %	19,3 %	12,2 %

10. Verhältnis zu Ausländern und ausländischen Arbeitskräften

Soll das zukünftige Deutschland ausländischen Arbeitskräften offenstehen? (Juli 1990)

Ja 41,6 % Nein 56,8 %

Soll Deutschland allen offenstehen? (Dez. 1990)

Ja 25,5 % Nein 32,4 %

teils, teils 39,1 %

Differenzen zu 100 Prozent ergeben sich aus Nichtbeantwortungen und vereinzelt Doppelantworten

Quelle: Projektgruppe Identitätswandel, Berlin

NÄCHSTE VERANSTALTUNGEN

Der Vorstand des Vereins informiert hiermit über die nächsten Podiumsdiskussionen. Wir laden Sie dazu sehr herzlich ein und bitten Sie, Interessenten und Sympathisanten unseres Vereins zu informieren und einzuladen.

*

Am 5. Oktober 1991 in der Zeit von 10.00 bis ca. 14.00 Uhr

im KIZ in Chemnitz

Chemnitz, Stollbergerstr. 38-40

Thema

Der schwierige Weg nach Deutschland

Konflikte auf dem Weg zum Bundesbürger

(Die Projektgruppe "Identitätskonflikte und Identitätswandel

im deutschen Vereinigungsprozeß" vom "Gesellschaftswissen-

schaftlichen Forum e.V." Berlin stellt Ergebnisse

ihrer Forschung vor)

*

Am 9. November 1991 in der Zeit von 10.00 bis ca. 16.00 Uhr

im Vereinshaus Leipzig, Großer Saal

7010 Leipzig, Seeburgstr. 5-7

Thema

Antifaschismus in der DDR

Verengte Sicht und Mißbrauch

Tradition und Werte

*

Am 23. November 1991 in der Zeit vom 10.00 bis ca. 14.00 Uhr

im Gebäude des Landtages Sachsen, Zi. 100

8012 Dresden, Devrientstr. 4

Thema

Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern

*

INFORMATIONEN DES VORSTANDES

An den bisherigen Podiumsdiskussionen nahmen ca. 200 Personen teil.

*

Das Interesse an der Tätigkeit des Vereins ist anhaltend. Regelmäßig erreichen die Geschäftsstelle Anfragen.

*

Durch den Vorstand wurden bisher 52 Mitglieder aufgenommen; 20 weitere Anträge liegen gegenwärtig vor.

*

Vom Amtsgericht Leipzig wurde am 11. Juni 1991 die Eintragung in das Vereinsregister als eingeschriebener Verein bestätigt. Beim zuständigen Finanzamt wurde der Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit gestellt.

*

Alle Mitglieder sind aufgefordert, ihren Jahresbeitrag - sofern dies noch nicht geschehen - auf folgendes Konto zu überweisen:

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Konto-Nr.: 308007887

Bankleitzahl: 86055592

zu überweisen. Eine Abbuchung durch den Vorstand von Konten der Vereinsmitglieder ist nicht möglich. Spenden können Sie gleichfalls auf das genannte Konto einzahlen.

*

Der Vorstand bedankt sich sehr herzlich bei Frau Viatoris aus Frankfurt am Main, die die erscheinenden "Gefängnishefte" von Antonio Gramsci für die Bibliothek des Vereins auf ihre Kosten bestellt hat.

* *

Neben den angezeigten Podiumsdiskussionen bereitet der Vorstand für den Monat Dezember Regionaltreffen in Dresden, Chemnitz und Leipzig vor. In einer freundschaftlichen Begegnung wollen wir über die weitere Arbeit des Vereins diskutieren und damit unsere erste Jahreshauptversammlung im März 1992 vorbereiten.

*

Der Vorstand erneuert seine Bitte an die Mitglieder, ihm Vorstellungen über unsere gemeinsame Arbeit zu unterbreiten.

Die Möglichkeit, ein solches Instrument zu entwickeln, ist ein zentrales Element der folgenden Arbeit zu sein.

Die folgenden Punkte sind zu berücksichtigen:
1. Die Entwicklung des Instruments
2. Die Validierung des Instruments
3. Die Anwendung des Instruments

Die Entwicklung des Instruments ist ein zentraler Bestandteil der folgenden Arbeit zu sein.

Die Validierung des Instruments ist ein zentraler Bestandteil der folgenden Arbeit zu sein.

Die Anwendung des Instruments ist ein zentraler Bestandteil der folgenden Arbeit zu sein.

Die Ergebnisse der folgenden Arbeit sind zu erwarten.